

Die Stadt müsse einfach reagieren

Grünen-Fraktion: Fahrradbahn von größtem Nutzen

VAIHINGEN (p). Die neue Vaihinger Gemeinderatsfraktion von Bündnis90/Die Grünen traf sich dieser Tage zu ihrer ersten aktuellen Sitzung. Neben Themen aus dem Gemeinderat wie dem Schulentwicklungsplan und der Umgestaltung des Pausenhofs in der Ferdinand Steinbeis-Realschule wurde dann nochmals ausführlich über die am kommenden Sonntag zur Abstimmung stehenden Fahrradbahn diskutiert.

Gerade der Informationsnachmittag im Löwensaal wurde als sehr informativ und interessant bewertet, zumal auch Referenten von außen eingeladen waren, und sich die Diskussion nicht nur im Vaihinger „Sumpf“ mit längst sich wiederholenden Argumenten bewegte.

Obwohl die Mitglieder der Fraktion die Bahnbefürworter sehr gut verstehen können, kommen sie einstimmig zum Ergebnis, dass eine Fahrradbahn für die Stadt Vaihingen vom heutigen Standpunkt aus gesehen von größtem Nutzen wäre. Ein wichtiger Punkt bei diesen Abwägungen ist, dass die Stadt heute einfach reagieren müsse, um ihre Attraktivität zu verbessern. Harald Gaßner fügte hinzu, dass die Klimakrise schon in den nächsten Jahren jede Gemeinde dazu verpflichten würde, die vorhandenen Trassen für die Reduzierung der schädlichen Treibhausgase einzuset-

zen, anstatt sie brachliegen und verfallen zu lassen. Eine Fahrradbahn würde den Schülerverkehr sicherer machen, würde den Tourismus fördern und den Autopendelverkehr zum Bahnhof und in die Stadt vermindern. Auf einen Nenner gebracht, würde der dadurch eingesparte Feinstaub samt Motorenlärm nach Meinung von Susanne Schwarz-Zeeb die Lebensqualität für alle Menschen in dieser Stadt deutlich erhöhen und zugleich ein ökologisch wirkender Ansporn für andere Gemeinden sein.

Eine Wiederaufnahme des Bahnbetriebs hätten der Landkreis und die Stadt Vaihingen für die nächsten 20 bis 30 Jahre schon selbst dadurch verhindert, dass die Wiederaufnahme der Bahnstrecke nicht in den neu aufgestellten Plänen vorkäme. In der Fortschreibung des Regionalplans sei zudem die Formulierung enthalten, dass eine Sicherung der Bahntrasse für die Zukunft selbst durch eine Fahrradbahn möglich sei. Nach heutigem baden-württembergischem Standpunkt würde mit der Fahrradbahn wohl eine Entwidmung des Bahnbetriebs einhergehen. Wer aber behaupte, dies sei dann für immer so, hat nach Meinung von Armin Zeeb nicht Recht, da dies ein Bundesgesetz sei, das in anderen Bundesländern auch völlig anders gehandhabt werde.